

## **Antrag**

**der Fraktion der CDU/CSU**

### **Bekämpfung des politischen Extremismus**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag sieht auch künftig eine wichtige Aufgabe in der Information über das parlamentarische Regierungssystem des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Er lädt deshalb die Bürgerinnen und Bürger sowie die Medien ein, verstärkt an der Arbeit des Parlaments teilzunehmen und wird darauf hinwirken, die Arbeit im Parlament weiterhin transparent zu gestalten, um die Akzeptanz der repräsentativen Demokratie zu erhöhen.

Der Einsatz für die Akzeptanz des parlamentarischen Regierungssystems schließt den Kampf gegen politischen Extremismus von links und rechts ein. Populistische Parolen extremistischer Gruppierungen und Parteien tragen nicht zur Lösung gegenwärtiger Probleme bei, sondern verstärken diese. Politischer Extremismus ist eine Kampfansage an die Demokratie und an die verfassungsmäßige Ordnung. Radikale politische Kräfte haben unser Land und unsere Nachbarn in diesem Jahrhundert heruntergewirtschaftet und Not und Elend verursacht. Gerade auf dem Weg der europäischen Nationen in ein geeintes Europa darf dem Extremismus in Deutschland als dem größten Mitgliedstaat keine Chance gegeben werden. Dabei hat nicht nur die Politik, sondern haben alle gesellschaftlichen Gruppen und jeder Einzelne Verantwortung. Diese Verantwortung umfaßt auch die Kraft zur Differenzierung. Nicht jede Gewalttat hat politische Hintergründe. Einzelereignisse sind anders zu bewerten als systematisch organisierte Aktionen. Pauschalverurteilungen helfen nicht bei der Problemlösung, können sie gar behindern. Dort, wo Probleme existieren, muß politisch gehandelt werden.

Der Deutsche Bundestag appelliert deshalb an jeden Einzelnen zu prüfen, wo ein Beitrag für Demokratie und die Sicherung der Freiheit geleistet werden kann.

Bonn, den 19. Januar 1999

**Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion**